# Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026 in Regensburg (erstellt vom Forum gegen Armut)

Regensburg ist eine reiche Stadt und trotzdem besonders stark von Armut betroffen. Sie ist sogar Brennpunkt der Altersarmut in Deutschland. Selbst Rentner und Rentnerinnen mit Durchschnittsrente sind hier armutsgefährdet, deren Kaufkraft in Regensburg ist besonders gering. Die Ursachen sind vielfältig (fehlende Kinderbetreuung, geringe Löhne, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in früherer Zeit). Die Stadtpolitik ist dafür nur zum Teil verantwortlich. Eine Tatsache macht sich aber besonders negativ bemerkbar: die extrem hohen Mieten in Regensburg. Ursachen hierfür sind der ab 1990 unzureichende Bau von Sozialwohnungen, der Verkauf von Grundstücken durch Bund, Land und Kommunen an Bauträger, die überwiegend Wohnungen im Hochpreisniveau errichtet haben. Dadurch sind nicht nur die Grundstückspreise, sondern auch die Mieten in Regensburg explodiert. Obwohl Regensburg „Singlehauptstadt“ ist, wurden insgesamt weniger Wohnungen neu geschaffen als allein schon durch den Bevölkerungszuwachs in Regensburg erforderlich gewesen wären.

Diese Fehler der letzten Jahrzehnte gilt es zu bereinigen. Regensburg verstößt aus unserer Sicht gegen die bayerische Verfassung ebenso wie der Freistaat Bayern. In Artikel 106 heißt es: “Jeder Bewohner Bayerns hat Anrecht auf eine angemessene Wohnung“. Dies ist in Regensburg nicht gegeben. Und weiter heißt es: „die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe von Staat und Kommune“. Das Gegenteil aber ist der Fall. 1990 gab es in Regensburg ca. 10.000 Sozialwohnungen, aktuell ist es nur noch etwa die Hälfte bei riesigem Bevölkerungszuzug. Unter OB Schaidinger war der Rückgang von Sozialwohnungen besonders extrem. Die Neubauten (siehe Immobilienskandale) auf vielfach ehemals städtischem Grund passierten insbesondere im gehobenen Preissegment.

Wegen dieser drängenden Wohnungsprobleme haben wir den demokratischen Regensburger Parteien 12 Fragen zur Wohn- und Armutssituation gestellt, um zu erfahren, wie sie in den nächsten sechs Jahren die entstandene Situation verändern wollen. **FDP** und **CSB** haben nicht geantwortet. Alle übrigen Parteien/Gruppen antworteten erfreulicherweise. Teilweise wurden aber viele Fragen, die als einfache ja/nein Antwort gedacht waren, sehr ausschweifend (oft nicht auf die Zukunft bezogen oder durch den Stadtrat regelbar) beantwortet.

Unser Ziel war es aber, die Beantwortung dieser Fragen in einer tabellarischen Übersicht gegenüberzustellen, um den Wahlberechtigten die Wahlentscheidung zu erleichtern. Deshalb mussten wir die Antworten auf die wesentlichen Inhalte drastisch gekürzt zusammenfassen. Die kompletten Antworten der Parteien können aber ungekürzt auf unserer Homepage https://bezahlbare-mieten-regensburg.de nachgelesen werden.

Die **AFD** sehen wir nicht als demokratische Partei an und haben sie daher nicht befragt. In deren Flyer zur Kommunalwahl findet sich zu unseren Themen wenig. Offenbar tritt man aber für die Streichung der Quote bei gefördertem Wohnraum ein und sucht die Schuld bei Menschen mit Migrationshintergrund. Konkrete Aussagen, wie Armut bekämpft werden könnte, fehlen jedoch. Im Gegenteil, im Landkreis fordert der AFD-Kreisverband sogar den von uns initiierten Landkreispass (ähnlich Stadtpass) abzuschaffen.

Besonders enttäuschend sind für uns die Antworten der **CSU**, beantwortet von Frau Freudenstein selbst. Gerade von ihr als bisheriger Sozialbürgermeisterin hatten wir sachkundige konkrete Lösungsvorschläge zur Armutsbekämpfung - basierend auf den Erkenntnissen des von uns initiierten neuen Armutsberichts - erwartet. Stattdessen lobt sie in ihren Antworten meist ihre eigenen Leistungen in der Vergangenheit oder sie zieht - wie bei der Stadtbau - fachlich völlig falsche Schlüsse (Zitat: „Eigenkapital noch nicht verausgabt“!!!) auf Grund deren Eigenkapitalentwicklung oder sie äußert Halbwahrheiten. Die angebliche Eigenkapitalerhöhung erfolgte nämlich lediglich mit **drei** städtischen Grundstücken und nicht mit Geldkapital. Eine Fachfrau (oder ein Fachreferent) wäre hier der CSU zu wünschen.

Erfreulich sind größtenteils die Antworten der übrigen Parteien bzw. Wählergemeinschaften, die sehr viel Übereinstimmung zeigen. Dies gibt uns Zuversicht, dass sich in den nächsten sechs Jahren doch einiges positiv für die Einwohner Regensburgs verändern kann.